Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Innenministerium dringt auf massive Ausweitung von Corona-Tests
2. Virologe liefert erste Erklärungen zu niedrigen Todeszahlen in Deutschland
3. Covid-19-Epidemie in Spanien: In Krankheit zerstritten
4. DRK-Klinikmitarbeiter empört: Gehaltsverzicht und weniger Urlaub
5. Um Himmels willen! 756 Milliarden Euro Rettungspaket – wer soll das bezahlen?
6. Italien und Spanien gegen Merkel-Deutschland
7. Vollmacht für den starken Mann
8. Das Corona-Virus und der Stabilitätsmythos der Liberaldemokratie
9. »Beendet die Seuche namens Krieg und bekämpft die Krankheit, die unsere Welt verwüstet!«
10. Elendslager Moria: Lesbos: Essens- und Wasserversorgung für Flüchtlinge reduziert
11. Bundestag billigt „Ergänzung“ für Anti-IS-Einsatz: Lufttransport statt Luftaufklärung
12. Der Indopazifik als neues Mare Nostrum?
13. Der Mann, der gegen Chevron gewann – und alles verlor
14. Christian Drosten ist „schockiert“ vom „Stern“. Zu Recht? Nein und ja.
15. Journalismus im Krankenstand

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Innenministerium dringt auf massive Ausweitung von Corona-Tests**
   In einem Strategiepapier namens “Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen”, das inzwischen auch Kanzlerin Merkel vorliegt, fordern Experten die Regierung zu schnellem Handeln auf.
   Die bei weitem wichtigste Maßnahme gegen das Virus ist den Fachleuten zufolge “das Testen und Isolieren der infizierten Personen”.
   Für den Erfolg sei entscheidend, dass es der Bundesregierung gelinge, die

Bevölkerung zu mobilisieren.
(…)
Dabei gehen die Autoren des Innenministeriums-Papiers von deutlich höheren Todesraten und Schwerkranken aus als das Robert-Koch-Institut (RKI). Während das RKI zum Beispiel annimmt, dass in Deutschland 0,56 Prozent der Infizierten am Coronavirus sterben werden, rechnet das Innenministerium mit 1,2 Prozent. Entsprechend dramatischer sind auch die Szenarien, die das Ministeriumspapier durchspielt.
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung Jens Berger: *Besser spät, als nie. Offenbar ist die Regierung nun endlich bereit, von Ländern wie Südkorea zu lernen. Das ist eine gute Nachricht. Ob es sinnvoll ist, dabei mit hypothetischen Todesraten zu arbeiten, die sogar noch über den ohnehin hoch geschätzten Zahlen des RKI liegen, darf jedoch bezweifelt werden. Solange diese „Überschätzung" keine Kollateralschäden auslöst, ist dies jedoch eine eher technische Frage. Kritisch aufhorchen sollte man jedoch bei anderen Punkten, die im Artikel der Süddeutschen eher am Rande genannt werden. So besteht beispielsweise Klärungsbedarf, was das Innenministerium unter "computergestützten Lösungen und Location Tracking von Mobiltelefonen" in diesem Zusammenhang versteht. Der äußerst lesenswerte und sehr umfangreiche Artikel „The Hammer and the Dance", auf den sich das Innenministerium explizit bezieht, gibt es übrigens auch in einer deutschen Übersetzung. Es ist unverständlich, warum die Süddeutsche ihn nicht verlinkt.*

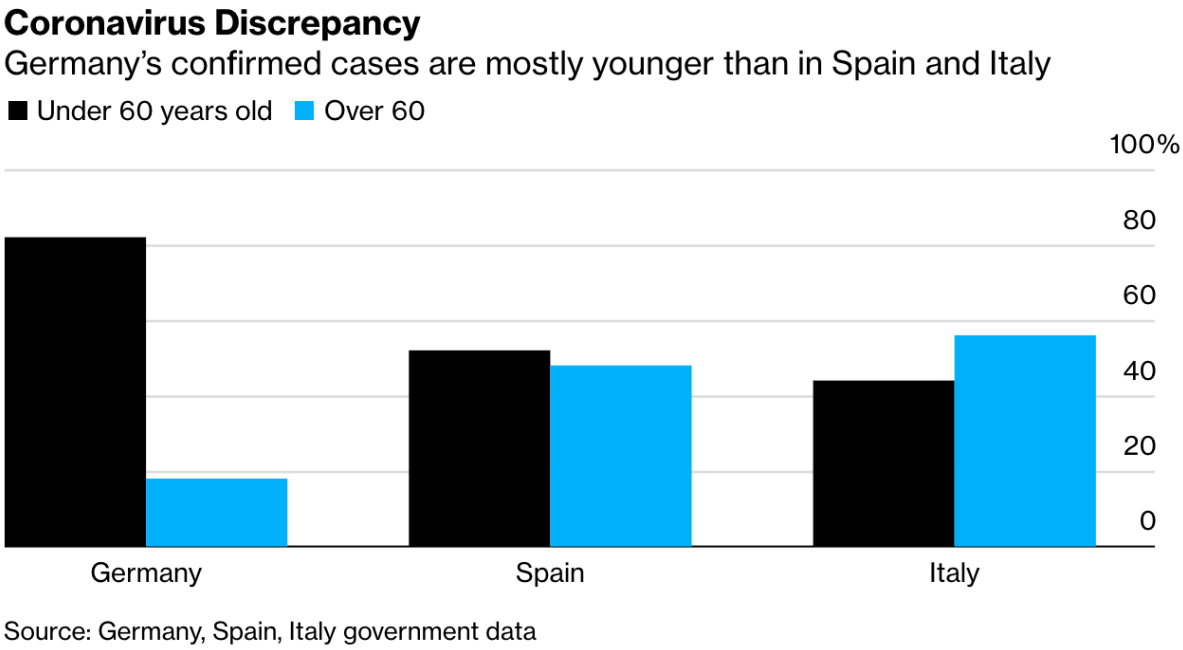
dazu: Der Hammer und der Tanz
Wie die nächsten 18 Monate aussehen können, wenn Politiker uns Zeit kaufen
Starke Coronavirus-Maßnahmen sollten heute nur wenige Wochen dauern, danach würde es keinen Höhepunkt von Infektionen geben, und dies kann zu angemessenen Kosten für die Gesellschaft durchgeführt werden, wodurch Millionen von Menschenleben gerettet werden.
Quelle: Tomas Pueyo auf Medium

2. **Virologe liefert erste Erklärungen zu niedrigen Todeszahlen in Deutschland**
Gemeinsam mit Forschungsministerin Karliczek hat sich Charité-Virologe Christian Drosten zur vergleichsweise geringen Sterberate an Corona in Deutschland geäußert – und ein neues Forschungsnetzwerk vorgestellt.
"Wir haben so wenige Todesfälle, weil wir extrem viel Labordiagnostik machen", sagt Christian Drosten, Virologe an der Berliner Charité und Regierungsberater heute Vormittag in Berlin.

In Deutschland würden derzeit pro Woche über eine halbe Million Corona-Tests durchgeführt. Charité-Vorstandschef Heyo Kroemer ergänzt, Deutschland habe auch früher als andere von der Pandemie betroffene Länder angefangen zu testen.
Die Tests an sich senken die Todeszahlen nicht. Allerdings ergibt sich durch mehr getestete Personen ein genaueres Bild der Gesamtsituation.
Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung Jens Berger: *Man gewinnt zur Zeit sicherlich keinen Blumentopf, wenn man dem medial omnipräsenten „Starvirologen" Drosten widerspricht. Aber sei es drum. In Deutschland wurden laut Daten des Robert Koch Instituts weniger Personen, die älter als 80 Jahre sind, positiv auf das Virus getestet (1.301 – Stand 26. März), als in Italien in der gleichen Altersgruppe verstorben sind (1.607 – Stand 20. März). Bei einer Krankheit mit einer derart signifikanten Altersverteilung der Todesopfer wird dies mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ja wohl die logische Erklärung für die niedrigen Todeszahlen in Deutschland sein. Warum die Labordiagnostik stattdessen der Grund sein soll, weiß wohl nur Herr Drosten. Vielleicht sollte man die gleiche Frage in ein paar Wochen erneut stellen. Momentan scheint der Großteil der positiv Getesteten noch der „ersten Generation" anzugehören – dies sind meist Rückkehrer aus dem Skiurlaub in Österreich und Italien und gehören damit eher nicht zur Gruppe der multimorbiden Hochbetagten. Wenn sich das Virus auch in Deutschland auf diese Risikogruppe ausgebreitet hat, werden leider auch die Todeszahlen steigen.*

dazu: Coronavirus Less Deadly in Germany Because of Youthful Patients
(…) There may be many reasons for the disparity, but they all boil down to one thing: Covid-19 has not yet hit as hard among the oldest and frailest members of Germany's population. Authorities are testing and tracking mild cases aggressively, and more than 80% of those confirmed are in people under the age of 60. In Italy, despite similar demographics, the picture is vastly different, with the virus disproportionately striking the old.
Taken together, the two countries are an object lesson for why public health authorities around the world are sealing off nursing homes and asking families not to visit elderly parents or grandparents. Once the virus spreads into an older population, as Italy shows, it can overwhelm health systems and become more deadly for everyone.



Quelle: Bloomberg

3. **Covid-19-Epidemie in Spanien: In Krankheit zerstritten**
   Ein Großteil der Altersheime wurden in den Jahren der Krise privatisiert oder gleich von Investmentfonds bis hin zu Tochterunternehmen großer Baukonzerne errichtet, die sie nun führen. Die Betreiber schweigen sich über die Zustände in den Heimen aus. Als die Armee begann Altersheime zu desinfizieren, fanden die Soldaten nicht nur Schwerkranke, sondern auch Tote in den Betten.
   Spanien gehört zu den vier Ländern, die im Zuge der Eurokrise im Gesundheitswesen am meisten gekürzt und privatisiert haben. Während hier pro Einwohner 3.300 Euro für Gesundheit ausgegeben werden, sind es in Deutschland 6.000 Euro.
   In Spanien arbeiten pro 1.000 Einwohner 30,1 in Arztpraxen und Krankenhäusern, in Deutschland sind es 71. Und während Spanien 9,5 Intensivpflegeplätze pro 100.000 Einwohner zählt, sind es in Deutschland rund 34.
   Quelle: taz

   dazu auch: Patienten über 80 Jahre werden nicht mehr beatmet: Deutsche Katastrophenärzte verfassen Alarmbericht über Straßburg
   Ihr Besuch in Straßburg im Auftrag des Innenministeriums Baden-Württembergs hat die Ärzte schockiert. Sie warnen, wie sich Deutschland vorbereiten sollte.

Quelle: Tagesspiegel

4. **DRK-Klinikmitarbeiter empört: Gehaltsverzicht und weniger Urlaub**
   Sechs Prozent weniger Lohn, Verzicht auf fünf Urlaubstage und unbezahlte Überstunden: In Zeiten der Corona-Krise klingen die Einschnitte für das Personal in den DRK-Kliniken Nordhessen wie blanker Hohn. Doch tatsächlich hat man vor gut zwei Wochen anlässlich einer Mitarbeiterversammlung über eine Reihe von „Möglichkeiten" zur finanziellen Gesundung der Kliniken mit Standorten in Kassel und Kaufungen gesprochen. Teilnehmer der Veranstaltung empfanden das als „Ohrfeige" – in Zeiten, wo die Öffentlichkeit mit Applaus für den Einsatz dankt. Doch auch die Klinikleitung "ist wütend", wie sie in einem Offenen Brief kommuniziert.
   Quelle: ExtraTip

   dazu: Pflegekräfte in der Coronakrise: Sie brauchen mehr als warme Worte
   Mit Applaus von den Balkonen danken viele Menschen den Heldinnen und Helden der Coronakrise: Ärztinnen und Krankenschwestern. Schluss damit, fordert ein Pfleger, der stattdessen Unterstützung für die Forderung nach besserer Bezahlung verlangt. Auf Balkonen, an offenen Fenstern stehen Menschen, auch in Deutschland, und applaudieren. Ein lautstarker, solidarischer Dank für Ärzte und Pflegekräfte. Vor einigen Tagen twitterte ein junger Pfleger:
   „Wir Pflegekräfte brauchen keine Klatscherei. Wir wollen auch keine Merci-Schokolade und warme Worte! Wir brauchen 4000 Euro brutto, mehr Personal, Gefahrenzulagen und ein entprivatisiertes Gesundheitssystem!"
   Quelle: Deutschlandfunk Kultur

5. **Um Himmels willen! 756 Milliarden Euro Rettungspaket – wer soll das bezahlen?**
   Der Bundestag hat gerade ein Corona-Hilfspaket von insgesamt 756 Milliarden Euro beschlossen. Um Himmels willen, wer soll das bezahlen? Die Antwort ist einfach: Beendet die überflüssige Beteiligung an Kriegen. Stoppt die Aufrüstung und das absurde zwei Prozent-Ziel der Nato. Versteuert endlich große Erbschaften und Vermögen. Und stoppt die Steuerhinterziehung der Reichen. Die Gefahr ist groß, dass die Leute mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen und kleine und mittlere Betriebe und Selbständige, die gerade so über die Runden kommen, wie schon in der Banken-Krise wieder die Zeche zahlen. Und die wachsenden Zustimmungswerte zu den neoliberalen Regierungsparteien CDU, CSU und SPD zeigen, dass die verängstigte Bevölkerung schnell vergisst, wer Sozialabbau, Lohndrückerei, Rentenkürzungen, das Privatisieren und Kaputtsparen des Gesundheitssystems und die himmelschreiende Umverteilung von unten nach oben durch ein ungerechtes Steuersystem als

„alternativlos“ durchgesetzt hat. Die Kampagnen-Medien, die den neoliberalen Irrsinn mit verbrochen haben, denken selbstverständlich nicht daran, in Erinnerung zu rufen, wer die Verantwortung dafür trägt.
Wieder einmal bestätigt sich der berühmte Satz Bertold Brechts: „Das Gedächtnis der Menschheit für erduldete Leiden ist erstaunlich kurz.“ Und hoffentlich bewahrheitet sich in Zukunft nicht sein darauf folgender Satz: „Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer.“
Quelle: Oskar Lafontaine via Facebook

6. **Italien und Spanien gegen Merkel-Deutschland**
   Es erinnert an die dunkelsten Stunden der Eurokrise: Ähnlich wie vor zehn Jahren konnten sich die Staats- und Regierungschefs am Donnerstag nicht auf das weitere Vorgehen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik verständigen. Italien und Spanien standen gegen Kanzlerin Merkel – sie fordern mehr Solidarität.
   Quelle: Lost in Europe
7. **Vollmacht für den starken Mann**
   - In dieser Woche soll eine Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen werden.
   - Dem Entwurf zufolge soll die Bundesregierung eine “epidemische Lage von nationaler Tragweite” ausrufen können, wenn sie eine “ernsthafte Gefahr für die öffentliche Gesundheit in der gesamten Bundesrepublik Deutschland festgestellt hat”.
   - Damit würde der Bundesgesundheitsminister weitreichende Machtbefugnisse bekommen.

   Quelle: Süddeutsche

8. **Das Corona-Virus und der Stabilitätsmythos der Liberaldemokratie**
   Was der Liberaldemokratie fehlt, ist eigentlich – wie Fukuyama in seinem neuen Buch “Identität” angedeutet hat – soziale Solidarität. Die Liberaldemokratie mag zwar Wohlstand für die Bürger bringen, aber sie ist längst daran gescheitert, eine solidarische Gesellschaft aufzubauen, die ihr in außerordentlichen Situationen helfen könnte. Denn die Logik der neoliberalen Gesellschaft beruht auf materialistischem Kosten-Nutzen-Kalkül. Insofern erscheint der neue Appell Merkels an die deutsche Bevölkerung, in dem sie die Bürger auf ein gemeinsames solidarisches Handeln eingeschworen hat, wie eine leere Worthülse.
   Quelle: RT Deutsch

dazu: Krisenmanagement und Ungleichheit: Der infizierte Rechtsstaat
Viel ist in der Corona-Krise die Rede von Solidarität. Doch über die ungleiche Verteilung der Lasten, die der Shutdown erzeugt, wird kaum gesprochen. […]
Zu den blinden Flecken, in denen der Diskurs derzeit gar nicht stattfindet, gehören zweitens Solidaritäts- und Verteilungsfragen. Viel ist derzeit zu lesen, dass es um eine gemeinsame Kraftanstrengung geht, um einen Akt der Solidarität mit den Schwächeren, zu der nun jeder seinen Beitrag leisten müsse. Vergleichsweise wenig ist davon die Rede, dass sich diese Lasten höchst ungleichmäßig verteilen. Sie verteilen sich ungleich in der Wirtschaft: Hier wird es viele Unternehmen und Betriebe nach dem Auslaufen der Beschränkungen nicht mehr geben, während die großen Unternehmen von den Autoherstellern bis zu den Banken auf Staatshilfen bauen können und sich die Krise für Konzerne wie Amazon sogar als eine Lizenz zum Gelddrucken entpuppt.
Quelle: taz

9. **»Beendet die Seuche namens Krieg und bekämpft die Krankheit, die unsere Welt verwüstet!«**
Diesem Aufruf des UN-Generalsekretärs kann ich mich nur anschließen. Wir können die Pandemie nur eindämmen wenn wir gemeinsam gegen sie vorgehen, anstatt uns zusätzlich auch noch gegenseitig zu bekämpfen.
Ein sofortiger Waffenstillstand ist nötig, ein Schuldenerlass für ärmere Länder und ein Ende des Wirtschaftskriegs, der für die Gesundheitssysteme betroffener Länder schlimme Folgen hat: Die Sanktionen gegen Iran, Venezuela, Syrien und weitere Länder müssen aufgehoben werden, wie es auch die UN-Kommissarin für Menschenrechte fordert. Gerade der Iran ist besonders von der Corona-Pandemie betroffen. Iranischen Krankenhäusern fehlt es wegen der scharfen internationalen Sanktionen zusätzlich an Ausrüstung und Medikamenten. Das ist nicht nur für die Bevölkerung im Iran und das medizinische Personal dort gefährlich – von dort hat sich die Infektion auch in andere Länder verbreitet.
Die Coronakrise ist für jedes Gesundheitssystem eine große Herausforderung. Wenn es zusätzlich durch Sanktionen daran gehindert wird, an nötige Medikamente, medizinische Geräte und Schutzausrüstung zu gelangen, werden Millionen Menschen keine überlebenswichtige Behandlung erhalten. Lasst uns die Sanktionen sofort aufheben! Lasst uns medizinische Hilfe exportieren statt Waffen!
Quelle: Sahra Wagenknecht via Facebook

dazu: Aufruf: Für einen weltweiten Waffenstillstand – Stoppt die Auslandseinsätze und die Rüstungsproduktion!

Für den Aufbau eines globalen, widerstandsfähigen und solidarischen Gesundheitssystems! (…)
Unter dem Titel „Die Raserei des Virus offenbart die Narretei des Krieges“ richtete sich UN-Generalsekretär António Guterres am 23.3.2020 an die Weltbevölkerung und die Regierungen rund um den Globus. Dabei unterstrich er zunächst, dass das Virus eine Bedrohung für alle darstellt – unabhängig von Zugehörigkeit, Nationalität, Ethnizität und Glauben – und dass ihm die ohnehin Marginalisierten und Verwundbarsten am stärksten ausgeliefert sind. Vor diesem Hintergrund rief er zu einem „unverzüglichen, globalen Waffenstillstand in allen Ecken der Welt“ auf. An sämtliche Konfliktparteien richtete er den Appell: „Ziehen sie sich von allen Kampfhandlungen zurück. Verabschieden sie sich von Misstrauen und Feindseligkeiten. Bringen sie die Gewehre zum Schweigen, Stoppen sie die Artillerie, beenden sie die Luftschläge“.
Quelle: Informationsstelle Militarisierung e.V.

Anmerkung Christian Reimann: *Kürzlich hatte Herr Linnemann (Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion von CDU/CSU) ein “Belastungsmoratorium, das zum Beispiel die Grundrente wie auch die Bonpflicht in den Blick nimmt“ gefordert und sagte weiter: „Wir müssen uns jetzt voll und ganz auf die Bewältigung der Krise konzentrieren. Alles andere, das weniger existenziell ist, muss bis auf weiteres zurückgestellt werden.“ Mit “Krise” hatte er wohl die Krise wegen des neuen Corona-Virus gemeint. Wieso setzt sich derselbe Herr Linnemann nicht mit der derselben Begründung z.B. auch für den Stopp von Auslandseinsätzen und der Rüstungsproduktion oder für ein Stopp der Steuerhinterziehung durch Reiche und Vermögende ein?*

10. **Elendslager Moria: Lesbos: Essens- und Wasserversorgung für Flüchtlinge reduziert**
    Kaum Medikamente, kein Wasser und jetzt die Krätze: Die dramatische Lage im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos spitzt sich weiter zu. Die Gefahr durch das Coronavirus verschlimmert die Situation.
    Quelle: T-Online
11. **Bundestag billigt „Ergänzung“ für Anti-IS-Einsatz: Lufttransport statt Luftaufklärung**
    Der Bundestag hat eine Veränderung der Bundeswehrbeteiligung an der internationalen Anti-IS-Koalition gebilligt. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen und der FDP stimmten gegen den Widerspruch von Linken, Grünen und AfD für ein neues Mandat, das nach einer Beendigung der Luftaufklärung über Syrien und Irak

nun mehr Lufttransport für die Operation Inherent Resolve vorsieht. Außerdem soll die Luftbetankung fortgesetzt werden.
Das neue Mandat (Bundestagsdrucksache 19/17790), wird ausdrücklich als Ergänzung des bis Ende Oktober befristeten Mandats (Bundestagsdrucksache 19/13290) zur deutschen Beteiligung am internationalen Kampf gegen den Islamischen Staat bezeichnet. Hauptgrund dafür ist die festgelegte Beendigung der Luftaufklärung mit Tornado-Kampfjets der Luftwaffe zum 31. März. Diese Aufgabe soll von Italien übernommen werden; angesichts der aktuellen Corona-Pandemie gibt es allerdings bislang keine endgültige Zusage der Regierung in Rom dafür.
Nach dem neuen Mandat sollen wie bisher A400M-Flugzeuge der Bundeswehr vom jordanischen Stützpunkt al-Azraq aus die Kampfjets anderer Koalitionsnationen betanken. Zusätzlich sollen Transporter dieses Typs für Flüge in den Irak bereitstehen. Ebenfalls neu ist der geplante Einsatz eines Luftraumüberwachungsradars im Irak. Außerdem wird geplant, die Ausbildungsmission deutscher Soldaten in Taji im Zentralirak künftig nicht mehr der Koalitions-Operation Inherent Resolve, sondern der NATO zu unterstellen. (…)
Der Bundestag stimmte wegen der Pandemie in verkleinertem Rahmen ab, zudem gab es vorsorglich keine namentliche Abstimmung, sondern lediglich ein Votum per Handzeichen.
Quelle: Augen geradeaus!

12. **Der Indopazifik als neues Mare Nostrum?**
In Ostasien spielt zunehmend die macht- und geopolitische Musik: Der Schwerpunkt der Weltwirtschaft verlagert sich zusehends dorthin und die etablierten Westmächte geraten dabei zunehmend in Konflikt mit dem aufstrebenden China, das eingedämmt werden soll.
Schon länger streben deshalb die USA, Großbritannien und Frankreich eine Ausweitung ihrer dortigen maritimen Militärpräsenz an, während Deutschland sich zumindest in dieser Region lange militärisch ziemlich bedeckt hielt.
Doch spätestens ab Sommer letzten Jahres drehte sich der Wind, nachdem die Rufe nach der Entsendung deutscher Kriegsschiffe immer lauter wurden. Am 12. März erfolgte nun der Schritt über den Rubikon, indem die Bundeswehr die Entsendung einer Fregatte in den Indopazifischen Raum ankündigte. (…)
Bereits in seiner Jährlichen Weisung Marine 2020 griff der Inspekteur der Marine Vizeadmiral Andreas Krause Anfang des Jahres nicht nur explizit die bereits erwähnte Grundsatzrede von Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer auf, sondern wertete die darin artikulierte Forderung, deutsche Interessen künftig “besser” zu “schützen” gleich auch als Auftrag, der nicht zuletzt den Indopazifik einschließe:
Quelle: Telepolis

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch Marine plant Entsendung einer Fregatte in den Indo-Pazifik mit einer Anmerkung.*

13. **Der Mann, der gegen Chevron gewann – und alles verlor**
Vor fast zehn Jahren gewann Steven Donziger einen spektakulären Umweltfall. Seitdem ist ihm Chevron auf den Fersen.
Vor neun Jahren gewann der Anwalt Steven Donziger (59) eine Multi-Milliarden-Dollar-Klage gegen den Öl-Giganten Chevron. Der Öl-Konzern habe sich der Umweltzerstörung im Lago-Agrio-Ölfeld im Amazonasgebiet schuldig gemacht, entschied das Gericht in einem der bis dahin grössten Umweltverfahren – ein historischer Sieg.
Heute sollte Donziger ein gefragter Anwalt sein, aus Sicht der Umweltbewegung sogar ein Held. Stattdessen ist er ein Gefangener. Seit dem 6. August 2019 trägt er eine elektronische Fussfessel und darf das Apartment, das er sich mit seiner Partnerin und seinem Sohn teilt, nicht verlassen. Er darf weder arbeiten noch reisen. Seine Bankkonten sind eingefroren.
Quelle: Infosperber
14. **Christian Drosten ist „schockiert“ vom „Stern“. Zu Recht? Nein und ja.**
Besonders ärgerlich in diesem Fall: Während der Begleitartikel mit dem falschen Teaser für jeden lesbar war, steckte das Interview selbst hinter der Bezahlschranke. Wer sich nach dem Teaser also wütend dachte: „Will der Drosten jetzt meinen schönen Fußball verbieten?!“, konnte ohne Abo nicht überprüfen, ob Christian Drosten das wirklich so gesagt hat (was er nicht hat). Auch das ärgerte den Virologen, wie er im NDR-Podcast sagte: […]
Inzwischen kann man das Interview auch ohne Abo komplett lesen. Außerdem hat die „Stern“-Redaktion den Teaser des Begleitartikels umgeschrieben — dort ist jetzt nicht mehr die Rede von leeren Stadien und „Geisterspielen“. Am Ende des Textes steht eine längere „Anmerkung der Redaktion“.
Noch einen Tick schlechter als Stern.de hat es übrigens Bild.de hinbekommen. Da war schon in der Überschrift alles falsch:
Quelle: Bildblog

Anmerkung André Tautenhahn: *Der Vorgang ist ein schönes Beispiel dafür, wie Medien ihr Online-Angebot inzwischen vermarkten und dabei immer häufiger gegen die Sorgfaltspflicht (Ziffer 2, Pressekodex: Informationen dürfen durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden) verstoßen. Meldungen, die frei zugänglich sind und lediglich Bezahlinhalte bewerben sollen, werden mit knackigen Überschriften versehen. Das sorgt für Klicks und*

Aufmerksamkeit. Dabei ist die Wirklichkeit häufig gar nicht so spektakulär, wie es die Überschriften vermuten lassen. Drosten hat das kritisiert. In der Regel wird das aber gar nicht beanstandet, wenn es beispielsweise um die Wechselbeziehungen zwischen Politik und Medien geht. Hier gewinnen nämlich beide durch die geschaffene Aufmerksamkeit auf der einen und die Exklusivität auf der anderen Seite.

15. **Journalismus im Krankenstand**
Der Corona-Krise nicht gewachsen: Die viel beschworene Funktion fürs demokratische Gemeinwesen kann Journalismus nur haben, wenn er anbietet, was zur Meinungsbildung notwendig ist
Dass der Journalismus der "Corona-Krise" nicht gewachsen sein wird, offenbarte sich spätestens mit der Heimholung Deutscher aus Wuhan am 1. Februar.
Die Tatsache, dass 128 körperlich gesunde Menschen mit einem Bundeswehrflugzeug nach Deutschland gebracht, zigfach untersucht und dann für zwei Wochen in einer Kaserne unter Quarantäne gestellt wurden, beobachteten die deutschen Medien wie die erste Mondlandung – und weil die Hauptdarsteller am Ende der langweiligen Prozedur nicht mit den Medien sprechen wollten, mussten Rotkreuzler berichten, welch große Herausforderung die zwei Wochen für alle waren.
Quelle: Telepolis